

01) Robert Redeker: „Möglicherweise erleben wir das Ende des Leviathan-Staates, wie Hobbes ihn sich vorstellte“

13. 09. 2021



Bildquelle: Breizh-info (Public Domain)

Das Buch [Réseaux sociaux : la guerre des Léviathans](#) („Soziale Netzwerke: der Krieg der Leviathane“) versucht, die politischen, kulturellen, anthropologischen und metaphysischen Folgen einer Realität aufzuzeigen und zu analysieren, die die Menschheit in ein neues Zeitalter projiziert: die sozialen Netzwerke.

Ihr Aufstieg zur Macht ist eine Volte de temps. Als neuer Leviathan ziehen sie als Abgesandte von GAFAM (Die Big Five: Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft) gegen den traditionellen Leviathan, den Staat, in den Krieg, um die planetarische Macht auszuüben. Ihre anthropologische Wirkung besteht in der Entprivatisierung des Menschen, zu deren Instrumenten die Heimautomatisierung gehört. Sie bedeuten das Ende der öffentlichen Meinung, der Grundlage der Demokratie. Der Autor untersucht auch die Ideologien, die die sozialen Netze in diesem Krieg begleiten, insbesondere den Mythos der Natur. Als Werk eines Philosophen liefert dieses einzigartige Buch der Öffentlichkeit die Analysen und Konzepte, um die Welt der sozialen Netze zu verstehen, zu kritisieren und Widerstand zu leisten.

Zur Diskussion über dieses wichtige Buch haben wir Robert Redeker interviewt.

Können Sie unseren Lesern eine kurze historische und philosophische Erinnerung geben: Was ist der Leviathan?

Robert Redeker: In der Bibel ist der Leviathan ein Seeungeheuer. In der Philosophie ist es ein von Thomas Hobbes im 17. Jahrhundert geprägter Begriff, der den Staat bezeichnet, den die Menschen durch einen Gesellschaftsvertrag errichten, um dem „Krieg aller gegen alle“, dem Naturzustand, in dem „der Mensch dem Menschen ein Wolf ist“, ein Ende zu setzen. Mit anderen Worten: Nur unter der Vormundschaft des Staates, insofern er die

Gewalt unterdrückt, kann man wirklich zum Menschen werden. Der Leviathan ist die europäische Lösung für die Anarchie der Religionskriege. Das Konzept von Hobbes ist der Ursprung des modernen Staates.

Sie widmen Ihr Buch Martin Heidegger, „ohne den dieses Buch nicht hätte gedacht werden können“. Warum ist das so?

Robert Redeker: Die Lektüre des größten Philosophen des 20. Jahrhunderts, Martin Heidegger, hat mich das Denken gelehrt. Seit 1975 vergeht kein Tag, an dem ich nicht über einige seiner Texte nachdenke, ohne mich auf sie zu beziehen. Aber ich bin kein Sektierer, ich bin ein Schüler, der die Werkzeuge des Meisters benutzt und einige der Wege erkundet, die er eröffnet hat, ohne notwendigerweise zu den gleichen Schlussfolgerungen zu gelangen wie er. Heidegger gab seinem gesamten Werk die Maxime: „Wege, nicht Werke“. Wir können es uns zu Herzen nehmen.

Wie sehen Sie die sozialen Netzwerke als neuen Leviathan und als Bedrohung für die Menschheit?

Robert Redeker: Sie sind eine neue Form der Macht, die sich als Gegenmacht tarnt. Sie erfinden eine neue Form der Politik, die es Minderheiten ermöglicht, eine Art Diktatur auszuüben. In diesem Sinne: den Machthabern ihren Willen zu diktieren, damit sie sich fügen, und die gesamte Gesellschaft mit ihnen. Es handelt sich nicht um eine direkte Diktatur, sondern um eine indirekte: Sie diktieren den Staaten, welche Maßnahmen sie zu ergreifen haben. Der Wokismus hat in den sozialen Netzwerken nicht nur ein ideales Vehikel gefunden, um Macht auszuüben, wo immer er kann, sondern er ist auch strukturell mit den sozialen Netzwerken verbunden, eng mit ihnen verbunden, ja geradezu von ihnen erzeugt. Ohne sie wäre es nichts.

Im Jahr 2020 haben Sie die Griveaux-Affäre und die Figur der Greta Thunberg als zwei Symbole für diesen Wandel der Zeiten genannt, der, wie Sie sagen, anthropologisch ist und mit sozialen Netzwerken zusammenhängt. Können Sie das erklären?

Robert Redeker: Beide sind eine reine Schöpfung der sozialen Netzwerke. Die Griveaux-Affäre hätte sich niemals außerhalb der sozialen Netze ereignen können. Das war vor zehn Jahren noch undenkbar. Die Technik schafft das Ereignis, das ein Spektakel ist. So wie die Filmtechnik den Film schafft. Bei den sozialen Netzwerken hingegen wirken die Zuschauer auf den Film ein, geben ihm eine bestimmte Richtung und werden schließlich in ihn integriert, sind Teil der Maschinerie. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir sagen können: Es gibt keine wirklichen sozialen Netzwerke mehr. Wenn er noch leben würde, würde Jean Baudrillard das sagen, und er hätte nicht unrecht. Die analoge Technik ermöglicht es, dass das Reale außerhalb der Technologie bleibt, während die digitale Technik das Reale absorbiert und auflöst.

Sie erklären, dass sich die GAFAM in einem Krieg mit den Staaten befinden. Aber sind die Staaten nicht letztlich die Komplizen, die Instrumente der GAFAM und umgekehrt (wir denken an Gesetze, die die Meinungsfreiheit einschränken, aber auch an die gemeinsame Zusammenarbeit mit Journalisten, Regierungsvertretern usw.)?

Robert Redeker: Es ist möglich, dass wir das Ende des Staates erleben, wie Hobbes ihn sich vorstellte: den Leviathan-Staat. Zweifellos werden wir diesen großen Beschützer noch bedauern. In jedem Krieg gibt es jedoch vorübergehende Kompromisse mit dem Gegner und Tricks. Die GAFAM wollen nicht die Macht von den Staaten übernehmen, sondern sie ersetzen, um die Macht der Zukunft zu werden. Sie sind die Pfadfinder des Poststaates.

Ihrer Meinung nach ist der Staat überholt, er wird nicht zerstört, er wird von selbst zusammenbrechen. Sie erinnern sich an Lenin: Der Staat wird nicht abgeschafft, er verwelkt.

Der Hyperkapitalismus der sozialen Netze ist dabei, das Programm Lenins zu verwirklichen: die Abschaffung des Staates.

In unserer Zeit geht es darum, unser Privatleben, unsere Sorgen, unsere Freuden, unseren Kummer und unser Selbst in sozialen Netzwerken auszupacken, die auch Algorithmen, Werbung und Kontrollinstrumente einsetzen. Sind es nicht die Individuen, die schließlich zu den Akteuren ihrer eigenen freiwilligen Knechtschaft geworden sind, zu dem, was Javier Portella „glückliche Sklaven der Freiheit“ nennt?

Robert Redeker: Ich könnte es nicht besser sagen. Wir bewegen uns auf die Gesellschaft des Menschen ohne geheimen Garten zu, des transparenten, d.h. abgeflachten Menschen, des gläsernen Menschen.

Sie erklären, dass dieser Leviathan-Krieg zur Abschaffung des Menschen führen wird. Was ist das? Ist das nicht sehr pessimistisch? Ist eine Umkehrung Ihrer Meinung nach noch möglich?

Robert Redeker: Leider hat der Pessimismus in der Geschichte oft recht. Viele Formen der Menschheit sind von der Zukunft verschlungen worden. Michel Foucault sagte dies, als er den „Tod des Menschen“ verkündete, wie ihn der Westen seit der Antike konstituiert hatte. Jede technische Revolution ist eine Anthropofaktur: eine Neugestaltung des Menschen. Die Besonderheit des digitalen Universums liegt in der Auslöschung der Innerlichkeit. Der Mensch, den sie hervorbringt, ist ein Mensch ohne Innerlichkeit, d.h. ohne Privatleben, kurz gesagt, ohne Seele. Wie können wir uns dieser Entwicklung widersetzen? Indem man dem inneren Leben in Form von Poesie, Gebet, Meditation und Philosophie Aufmerksamkeit schenkt.

Interview geführt von Yves Vallerie.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Age of Entitlement: Caldwell zerpfückt die Revolution der „Bürgerrechte“

Von Daniele Scalea

10. 09. 2021



Bildquelle: CM

Der amerikanische Journalist Christopher Caldwell, Herausgeber der *Claremont Review of Books*, ist ein Mann, der in vielerlei Hinsicht gegen den Trend handelt: Er ist ein Konservativer, der es schafft, regelmäßig von der *New York Times* veröffentlicht zu werden. Im Zeitalter der bulimischen sozialen Hyper-Simplifizierung ist er weder auf Facebook noch auf Twitter zu finden, und er veröffentlicht alle zehn Jahre ein Buch. Aber es sind Bücher, die ihre Spuren hinterlassen.

Im Jahr 2009, zwei Jahre vor der großen Migrationskrise, die das Thema einleiten sollte, veröffentlichte er [Reflections on the Revolution in Europe](#): eine ausgefeilte Analyse darüber, wie die Einwanderung, insbesondere die muslimische Einwanderung, Europa bereits revolutioniert. Diejenigen, die das viel bescheidenere Buch des Verfassers dieser Rezension, [Immigrazione: le ragioni dei populist](#), gelesen haben, werden sich an Caldwell's Werk als einen der bahnbrechenden Texte zu diesem Thema erinnern.

Im vergangenen Jahr kam ein neues Werk des amerikanischen Journalisten in die Regale der Buchhandlungen: [The Age of Entitlement. America Since the Sixties](#). Der Titel, der grob übersetzt „das Zeitalter der Rechte“ bedeutet (der Begriff „entitlement“ hat eine Konnotation, die sich auf Privilegien und Ansprüche bezieht), bezieht sich auf die Ära der amerikanischen Geschichte, die mit dem Civil Rights Act von 1964 begann. Das Buch analysiert diese letzten fünfzig Jahre und versucht, zwischen den Zeilen der Ereignisse zu lesen und zu erklären, wie und warum sich die Gesellschaft verändert hat. Es ist zweifellos ein unverzichtbares Werk für den amerikanischen Gelehrten, aber auch für andere interessant und wertvoll: weil bekannt ist, wie viel Einfluss die Neue Welt auf die Alte hatte, und weil, wie Caldwell selbst schreibt, „die Bürgerrechtspolitik sich als der erfolgreichste amerikanische Export des späten zwanzigsten Jahrhunderts erwies“. Das Amerika, das Caldwell beschreibt, ist in groben Zügen auch unser Europa: Wenn man das eine versteht, kann man auch das andere verstehen.

Age of Entitlement ist ein ikonoklastisches Buch, das eines der Wahrzeichen des Progressivismus (Aufhebung der Rassentrennung) und eines der Wahrzeichen des Konservatismus (Reagan) zerreißt. Natürlich ist Caldwell nicht nostalgisch, was Rassismus und Rassentrennung angeht, aber er blickt über die Oberfläche hinaus, um in die Tiefen der Revolution zu blicken, die Präsident Lyndon Johnson unter Ausnutzung der emotionalen Welle, die durch die Ermordung seines Vorgängers Kennedy ausgelöst wurde, mit dem Civil

Rights Act einleitete, dem Bundesgesetz, das der Rassendiskriminierung im Süden ein Ende setzte. Wie der Autor ausführlich darlegt, wurde diese Revolution von einem immer noch konservativen Amerika eingeleitet, das auf allen Ebenen (Politik, Medien und Wissenschaft) von den Veteranen des Zweiten Weltkriegs beherrscht wurde, die nur die Schande der Rassentrennung beenden wollten.

Das Ergebnis entsprach nicht den Erwartungen der Öffentlichkeit. Die Reform der Bürgerrechte ist zu einem der schwierigsten und langwierigsten Unterfangen in der Geschichte der USA geworden: Sie begann in den 1960er Jahren, hat (bisher) ein halbes Jahrhundert gedauert, Billionen von Dollar gekostet und dazu geführt, dass die gesamte amerikanische Geschichte im Lichte der Rassenproblematik neu gelesen wurde. Die Rasse hat eine religiöse Bedeutung erlangt, und die Bürgerrechtsbewegung ist zu ihrer Kirche geworden. Die Bürgerrechtsreform sollte die Besessenheit mit der Rasse in den Südstaaten heilen: Sie hat sie letztlich durch positive Maßnahmen oder „positive“ Diskriminierung verstaatlicht. Damit wurde auf Bundesebene ein ausdrückliches System der Rassenpräferenz eingeführt.

Darüber hinaus bot das Bürgerrechtsgesetz auch ein Modell für die Umwandlung von Macht, das auf Zwang, Kosten und der Missachtung verfassungsrechtlicher Gebote beruhte. Bürokratische Auflagen, Anordnungen der Exekutive, militante Überwachung, Klagen und Gerichtsurteile waren in den folgenden Jahrzehnten die Instrumente, die jede Minderheit einsetzte, um ihre Privilegien gegen die Tradition und den Willen der Mehrheit durchzusetzen. Gerichte und Bürokratie traten an die Stelle der demokratischen Politik. So wurde beispielsweise das Amt für Bürgerrechte geschaffen, dessen Leitlinien seither von den Gerichten als Gesetz behandelt werden, auch wenn sie von Bürokraten außerhalb jeder demokratischen Vertretung und Kontrolle verfasst wurden. Das Bürgerrechtsgesetz ist zu einer zweiten „inoffiziellen“ Verfassung geworden, die im Konflikt mit der ersten und „offiziellen“ Verfassung immer Vorrang hat. Daher wurden einige „alte“ Verfassungsrechte wie die Vereinigungsfreiheit (zum Verbot der Segregation) und das Recht auf freie Meinungsäußerung aufgehoben. Im Jahr 1978 entschied der Oberste Gerichtshof, dass es legitim ist, Noten auf der Grundlage der Rasse als Nachteil zu vergeben; mit anderen Worten: Affirmative Action diene nicht mehr dazu, vergangenen Rassismus zu kompensieren, sondern (angeblichen) aktuellen Rassismus zu korrigieren. Unterschiede in den Ergebnissen zwischen den Gruppen müssen nun zwangsläufig auf Rassismus zurückgeführt werden. Das Gegenteil zu behaupten (z.B. durch Infragestellung des individuellen Verdienstes) bedeutet, die Bürgerrechtsrevolution, die neue de facto „Verfassung“ der Vereinigten Staaten, zu delegitimieren. Jetzt kommt die Zensur abweichender Meinungen, die die Form der „politischen Korrektheit“ annehmen wird. Das durch die Bürgerrechte geschaffene System macht es für jedes Unternehmen unhaltbar, Diskriminierungsfälle zu ertragen. Die Arbeitgeber sind daher immer bereit, Mitarbeiter zu entlassen, die von „Progressiven“ angegriffen werden. Es ist die Privatisierung der Zensur. Jeder hat Angst, ein unpassendes Wort zu sagen, das ihn seine Karriere kosten könnte. Politische Korrektheit ist eine von oben verordnete Reform, die der öffentlichen Meinung durch die Bestrafung Andersdenkender aufgezwungen wird. Es ist – schreibt Caldwell – „die vollständigste ideologische Eroberung der institutionellen Macht in der Geschichte der USA“.

Jeder Impuls der Minderheiten hat sich seit 1964 immer gegen die Demokratie durchgesetzt. Ein offensichtliches Beispiel ist das der Schwulen. Caldwell zeichnet in einem Kapitel den Prozess der Emanzipation/Bejahung bis hin zur Homo-Ehe nach und zeigt auf, wie er in jeder Phase gegen die vorherrschende Meinung (die sich erst im Nachhinein den von der Minderheit durchgesetzten Entscheidungen anpasst) und immer durch Gerichtsurteile in Fällen, die von Stiftungen und Anwaltskanzleien am Tisch studiert werden, in denen

dieselben Kläger sorgfältig ausgewählt werden, um den Richtern zu gefallen (siehe Edith Windsor), stattfand. Das Ergebnis war die rechtliche Neudefinition der Ehe, die nicht mehr eine dem Staat vorgelagerte und von ihm anerkannte Realität ist, sondern eine vom Staat selbst geschaffene Wohlfahrtseinrichtung (die als solche keine Form der Diskriminierung zulässt).

Die ersten schwarzen Epigonen, die das neue Modell in den 1970er Jahren nutzten, waren jedoch die Feministinnen, wenn auch nicht immer mit glücklichen Ergebnissen für die Frauen selbst. Das New-Deal-Modell der Ein-Einkommens-Familie, bei dem das Gehalt des Ehemannes die Hausarbeit der Ehefrau kompensieren musste, wurde umgestoßen. Seit den 1970er Jahren müssen auch die Frauen auf dem Markt arbeiten, um ihren Anteil zu verdienen, aber das ist nicht zusätzlich zu dem, was sie bereits durch ihre Ehemänner hatten. Das Familieneinkommen bleibt das gleiche, aber jetzt müssen zwei Personen arbeiten, um es zu verdienen. Caldwell zitiert einen interessanten Gedanken von Bertrand Russell, demzufolge der Wohlfahrtsstaat den Staat in der Rolle des Vaters ersetzen und damit die traditionelle Moral untergraben würde. Die Mutter braucht keinen zuverlässigen Vater mehr für ihre Kinder. Männer, die der väterlichen Rolle beraubt sind, verlieren das Interesse an der Nachkommenschaft, der Geschichte, der Kontinuität und der Fortpflanzung. Wir wissen nicht, ob Russells Diagnose richtig ist, aber die Symptome sind zweifellos die beschriebenen, und Lyndon Johnson hat in den USA einen Wohlfahrtsstaat geschaffen.

Die 1970er Jahre markierten auch eine wichtige Veränderung in der herrschenden Klasse der USA. Die Niederlage in Vietnam untergrub das Ansehen des Militärs: Nicht mehr die Veteranen gaben den Ton an, sondern die Generation der Babyboomer und insbesondere diejenigen, die gegen den Krieg gewesen waren und ihn nicht geführt hatten (im Wesentlichen die Universitätselite). Die Rolle der Baby-Boomer zu verstehen, ist von entscheidender Bedeutung: Wie der Name schon sagt, bilden die zwischen 1946 und 1964 Geborenen eine zahlenmäßig enorme Generation. Um genau zu sein, so Caldwell, die größte Generation in der amerikanischen Geschichte. Ein Dreivierteljahrhundert lang musste sich jede andere Generation, ob vor oder nach ihr, an die Anliegen der zahlreicheren Boomer anpassen, die sich natürlich mit dem Älterwerden weiterentwickelt haben: in den 60er und 70er Jahren sind sie jung und die Sexualität steht im Vordergrund; in den 80er und 90er Jahren sind sie mitten in der Reifephase und der Schwerpunkt liegt auf der Familie und den Möglichkeiten der Bereicherung; nach dem Jahr 2000 geht es um den Schutz des in den vorangegangenen Jahrzehnten aufgebauten Vermögens. Caldwell kann dies aus Zeitgründen nicht tun, da er den größten Teil des Buches vor 2020 geschrieben hat: aber wir könnten hinzufügen, was in den letzten zwei Jahren geschehen ist, als die Boomer, die jetzt 60–70 Jahre alt sind, angesichts einer Epidemiewelle die gesamte Gesellschaft den Anforderungen der Gesundheitsvorsorge unterworfen haben.

Caldwell gibt eine originelle Interpretation der Gegenkultur der 1970er Jahre: Seiner Meinung nach ist sie im Wesentlichen reaktionär, eine mystische Bewegung, die die verlorene Reinheit des Amerikas der Vergangenheit bedauert; alles ist von einem Gefühl der Dekadenz geprägt. Es ist kein Zufall, dass die Bürger dieses Jahrzehnts angesichts der ausufernden Kriminalität und der sich ausbreitenden Drogensucht zu dem Schluss kamen, dass die glänzenden Sozialprojekte der 1960er Jahre gescheitert waren: Um diesen Experimenten ein Ende zu setzen, holten sie 1981 überraschend Ronald Reagan ins Weiße Haus. Entgegen den Erwartungen hat Reagan das progressive System nicht untergehen lassen, sondern gerettet, das nach ihm sogar mit noch größerer Kraft zurückkehren sollte.

Caldwells Vorwurf an Reagan war, dass er nur dem Wort nach ein Konservativer sei. Er war eher ein Libertärer, der (wie viele Rechte seiner Generation) von Ayn Rand und dem

antitraditionalistischen und antimoralischen Kult des ungezügelter Kapitalismus beeinflusst wurde. Der Reagan-Slogan vom „amerikanischen Traum“ ist der einer Generation, die die Grenzen der Natur und des gesunden Menschenverstandes nicht akzeptiert, die alles sofort will. Mit den Reaganomics beuten die Boomer nichts anderes aus als die künftige Arbeitskraft ihrer Kinder durch Verschuldung und die von Ausländern durch Standortverlagerungen und offene Türen für Einwanderung.

Der von Reagan eingeschlagene Weg war keineswegs zwingend: In jenen Jahren erreichte die amerikanische Gesellschaft den niedrigsten Abhängigkeitsquotienten (d.h. das höchste Verhältnis von produktiver zu nicht-produktiver Bevölkerung) und stand nicht vor einer besonderen Notlage. Dennoch stieg die Verschuldung zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wieder an. Caldwell zufolge erkaufte sich die Boomer (mit dem Geld ihrer Kinder) den sozialen Frieden mit jenen Teilen der Gesellschaft, die nun vom Johnson'schen Wohlfahrtsstaat abhängig waren, dessen Kosten explodierten und unter Reagan Billionen erreichten. Reagan finanzierte (und erhöhte) die Kosten für die Aufhebung der Rassentrennung, entschädigte aber die weiße Mittelschicht (die von der Affirmative Action betroffen war: Jeder Arbeitsplatz, der einem Schwarzen aufgrund der Rassenpräferenz zugewiesen wurde, ist ein Arbeitsplatz, der einem Weißen weggenommen wurde, der ihn aufgrund seiner Verdienste bekommen hätte), indem er die Steuern senkte. Er war somit der Retter der „Great Society“ (wie das Programm der Demokraten seit Johnson zur Beseitigung von Armut und Rassenungleichheit in Amerika genannt wird), allerdings um den Preis, dass er die Nachwelt in Schulden stürzte, das Land de-industrialisierte und der wilden Einwanderung Tür und Tor öffnete.

Im Jahr 1986, als Reagan Präsident war, gewährte ein überparteiliches Gesetz den vielen illegalen Einwanderern Amnestie und Staatsbürgerschaft und zwang durch Antidiskriminierungsgesetze die Arbeitgeber (die nicht aufgrund der nationalen Herkunft „diskriminieren“ durften) de facto, Illegale einzustellen. Zuwanderer haben natürlich weniger Rechte am Arbeitsplatz, aber sie werden mehr Rechte vor Gericht haben, da sie möglicherweise Opfer von Diskriminierung sind. Neue ethnische Gruppen gesellen sich zu den Schwarzen als „Minderheiten“, die durch den neuen Kult der „Vielfalt“ geschützt werden sollen.

Die 1990er Jahre waren das Jahrzehnt des Aufstiegs der New Economy, der Caldwell ebenfalls kritisch gegenübersteht. Davor war das Land ein „wirtschaftliches Ganzes“; mit ihm wurde es ein einfacher wirtschaftlicher Teil der internationalen Arbeitsteilung. Begriffe wie „Souveränität“ und „Unabhängigkeit“ verloren ihre Bedeutung; die (durch die Technologie gegebene) Fähigkeit, einzelne Komponenten aus der Ferne zusammenzubauen, ermöglichte es selbst armen und nicht industrialisierten Ländern, mit den USA zu konkurrieren. Vor allem hatten die neuen globalen Wertschöpfungsketten nicht mehr einen industriellen Zweck (d. h. die Suche nach Mehrwert in der Welt), sondern einen politischen: Sie dienten dazu, die Rechte der Arbeitnehmer außer Kraft zu setzen. Die steuerliche Begünstigung von High-Tech-Unternehmen wird der traditionellen Wirtschaft den Todesstoß versetzen: Giganten wie „Amazon“ werden von der Politik dabei unterstützt, kleine Einzelhändler zu verdrängen.

In den 1990er Jahren beschleunigte sich auch die Schuldenspirale. Sowohl der Republikaner George H.W. Bush und Bill Clinton, beide Republikaner, setzten den Weg von Reagan fort (Finanzierung des Wohlfahrtsstaates durch Schulden statt durch Steuern). Die Kreditvergabe wurde vollständig politisiert: Nach dem Mantra, dass jede Ungleichheit eine Diskriminierung sei, begann der Staat, Kredite an Minderheiten zu begünstigen und zu garantieren (die Rechnung wurde im folgenden Jahrzehnt mit der Subprime-Hypothekenkrise und den staatlich unterstützten Unternehmen – Fannie Mae und Freddie

Mac – bezahlt, die diese Kredite gewährten). Darüber hinaus wurden die Banken (um Rassismuskorrekturen zu vermeiden) dazu veranlasst, liberale Kredite zu vergeben und ihre Kreditvergabe von „Gemeinschaftsgruppen“ kontrollieren zu lassen, die mit der Bürgerrechtsbewegung in Verbindung standen: Milliarden von Dollar in den Händen von stark ideologisierten politischen Organisationen.

Die so genannte „Zivilgesellschaft“ gewann in dieser Zeit an Bedeutung und ergänzte die Juristen und Bürokraten bei der Ausübung der tatsächlichen Macht. In den 1980er Jahren vergrößerten die Superreichen ihren Reichtum in einem noch nie dagewesenen Tempo, während sich gleichzeitig ein götzendienerischer Kult um Manager und die Elite im Allgemeinen ausbreitete. Der Begriff „Philanthropie“ erfuhr einen grundlegenden Wandel: Während er bis dahin nur Wohltätigkeit und Leistungen für Arme und Bedürftige bedeutete, wurde festgelegt, dass er auch ideologische Propaganda einschließen konnte. Was sich nicht änderte, war die weitgehende steuerliche Absetzbarkeit der für „Philanthropie“ ausgegebenen Gelder. Die Superreichen können nun mit Hilfe von Stiftungen die Politik nach ihren eigenen praktischen Interessen oder Idealen beeinflussen, während die gesamte Bevölkerung die Rechnung bezahlt und für die entgangenen Steuereinnahmen aufkommen muss. Es erübrigt sich zu erwähnen, dass die große Mehrheit dieser Superreichen auf der Seite der „Progressiven“ und der „Bürgerrechte“ steht. Von den vielen Beweggründen, so Caldwell, überwiegt einer: Die Elite ist eine Minderheit und profitiert als solche von Gesetzen und Praktiken, die die Macht der Mehrheit beschneiden. Das Schicksal der Schwarzen, der Einwanderer und der Homosexuellen mag ihr egal sein, aber es ist ihr nicht egal, dass die Wenigen die Mittel haben, um über die Vielen zu herrschen.

Es gibt ein weiteres, wenig bekanntes Ereignis der 1990er Jahre, das Caldwell als sehr wichtig für die amerikanische Geschichte bezeichnet: die Legalisierung und massenhafte Vermarktung von OxyContin und anderen Opioiden auf Oxycodonbasis im Jahr 1996. Diese starken Schmerzmittel mit starker Suchtwirkung bildeten die Grundlage für einen neuen epidemischen Zyklus der Drogenabhängigkeit in der amerikanischen Bevölkerung, nach Heroin in den 1970er Jahren und Crack in den 1980er Jahren. Caldwell fragt sich, warum diese beiden anderen Opioid-Epidemien in der öffentlichen Debatte und in der Populärkultur einen so großen Einfluss hatten, während die aktuelle Epidemie eher unbemerkt bleibt. Die Sterblichkeitsrate ist jedoch 10-mal höher als in den 1980er Jahren und 20-mal höher als in den 1970er Jahren. Was hat sich also geändert? Caldwell's Antwort lautet: Im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Epidemien betrifft die Oxycodon-Epidemie hauptsächlich Weiße (was zu einem unnatürlichen und raschen Rückgang ihrer Bevölkerung führt, der nur durch Einwanderung kompensiert werden kann) und passt daher nicht in die „offizielle“ moralische Erzählung. Die politische Korrektheit hat eine „moralische“ Hierarchie zwischen den Rassen geschaffen, in der die Weißen die verachtete Unterschicht sind und nur dazu bestimmt sind, sich in Schuldgefühlen zu winden. Die moralische Autorität liegt bei den Schwarzen (so sehr, dass viele Weiße vorgeben, schwarz zu sein: das Buch bietet einige illustre Beispiele, aber wir haben dieses Phänomen auch in diesem Blog besprochen); Weißsein hingegen wird als ein minderwertiger – und erblicher – geistiger Zustand angesehen. Die Bürgerrechtsrevolution hat, kurz gesagt, keine neue Welt geschaffen, sondern nur eine Transvalorisierung bewirkt: Es ist die gleiche alte Welt, nur auf den Kopf gestellt. Die rassistische und rassistische Pyramide gibt es immer noch, aber sie wurde umgestürzt. Laut Caldwell hat sich die Situation vielleicht sogar noch verschlimmert. Die alte amerikanische Verfassung garantierte Rassenneutralität und Freiheit. Die inoffizielle „neue Verfassung“ der Bürgerrechte hingegen fördert Rassenbewusstsein und staatlichen Dirigismus.

In diesem Rahmen sind die Demokraten zur Partei derjenigen geworden, die von den Bürgerrechten profitieren: Minderheiten (einschließlich der Superreichen), Einwanderer,

Frauen (und insbesondere Feministinnen), Bürokraten, Richter und Rechtsanwälte. Die Republikanische Partei hat sich infolgedessen verändert: Sie umfasst nun das gesamte politische Spektrum der Zeit vor 1960, das damals in Befürworter und Gegner des New Deal unterteilt war. Die Demokraten kontrollieren die Wirtschaft und die Kultur durch ihre Vorherrschaft an den Universitäten und in den gemeinnützigen Organisationen und leiten das System auch dann, wenn sie nicht an der Regierung sind. Die Republikaner, die von der gebildeten Klasse isoliert sind, sind nicht in der Lage, das System zu beeinflussen (selbst wenn sie regieren) und sogar seine Logik zu verstehen.

Dies ist die letzte, wertvolle Warnung von Caldwells Buch, das auch der Tätigkeit jener Vereinigungen oder Stiftungen gerecht wird, die wie das Centro Studi Machiavelli versuchen, die Rechte wieder mit dem Wissen zu verbinden, um sie in die Lage zu versetzen, das System zu beherrschen, anstatt sich nach jeder gewonnenen Wahl der Illusion hinzugeben, sie könnten regieren – ohne dies zu tun.



Daniele Scalea

Gründer und Präsident des Machiavelli-Studienzentrums. Er hat einen Abschluss in Geschichtswissenschaften (Universität Mailand) und einen Dokortitel in Politikwissenschaften (Universität Sapienza) und unterrichtet an der Universität Cusano die Fächer „Geschichte und Doktrin des Dschihadismus“ und „Geopolitik des Nahen Ostens“. Von 2018 bis 2019 war er Sonderberater für Einwanderung und Terrorismus des Unterstaatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten Guglielmo Picchi. Sein neuestes Buch (zusammen mit Stefano Graziosi) heißt [Trump contro tutti. L'America \(e l'Occidente\) al vivo](#).



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Afghanischer Migrations-Tsunami: EU reagiert mit Konzeptlosigkeit

Von Nicola De Felice

08. 09. 2021



Bildquelle: CM

Die Rückeroberung der Macht durch die Taliban in Afghanistan wird eine noch nie dagewesene Einwanderungswelle auslösen. Die beunruhigenden Äußerungen des deutschen Innenministers Horst Seehofer lassen keinen Zweifel daran, dass bald fünf Millionen Afghanen versuchen werden, nach Europa zu gelangen.

Seit 2015 haben nach Schätzungen der EU rund 570.000 Afghanen, fast ausschließlich junge Männer, in EU-Ländern Asyl beantragt. Im Jahr 2020 waren afghanische Staatsangehörige nach syrischen Staatsangehörigen die zweithäufigste Gruppe von Asylbewerbern. Afghanische Männer, für die die Integration in die europäische Gesellschaft oft besonders schwierig ist, haben Hunderte von sexuellen Übergriffen auf europäische Frauen verübt. Die Ankunft von Millionen von Afghanen in Europa lässt für die Zukunft erhebliche soziale Umwälzungen erwarten.

Die EU-Mitgliedstaaten sind wie üblich uneins darüber, wie sie sich auf den kommenden Migrations-Tsunami vorbereiten sollen. Die Staats- und Regierungschefs einiger Länder sind für die humanitäre Verpflichtung, eine große Zahl afghanischer Migranten aufzunehmen. Andere argumentieren, dass es an der Zeit ist, dass die islamischen Länder die Verantwortung übernehmen. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, sagte, die EU habe eine „moralische Verantwortung“ für die Aufnahme von Menschen, die vor den Taliban fliehen, doch die Staats- und Regierungschefs vieler EU-Staaten sind anderer Meinung.

In Österreich, wo bereits 40.000 Afghanen leben, hat Bundeskanzler Sebastian Kurz versprochen, dass sein Land keine weiteren Menschen aufnehmen wird. Sein Innenminister Karl Nehammer sagte, das generelle Abschiebeverbot sei ein Pull-Faktor für illegale Einwanderung und fördere nur das kriminelle Geschäft der Menschenhändler. Österreich bestätigt damit seine politische Linie, die der inneren Sicherheit Vorrang vor der humanitären Sicherheit einräumt.

In Deutschland, das bereits 148.000 Afghanen aufgenommen hat, ist die afghanische Migration eines der Hauptthemen im Vorfeld der Bundestagswahl am 26. September. Paul

Ziemiak, Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Union (CDU) von Bundeskanzlerin Angela Merkel, sagte, Deutschland solle künftig die 2015 verfolgte Politik der offenen Tür für Migranten nicht übernehmen.

In Frankreich rief Präsident Macron zu einer koordinierten europäischen Reaktion auf, um die Massenmigration aus Afghanistan zu verhindern. Marine Le Pen, Kandidatin bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen, sagte, Frankreich müsse „Nein zur massiven Migration afghanischer Flüchtlinge“ sagen.

In Griechenland hat die linke Regierung einen 40 km langen Zaun mit einem Überwachungssystem an der Grenze zur Türkei errichtet.

Im Vereinigten Königreich erklärte Premierminister Boris Johnson, er werde keine Flüchtlinge zurückschicken, aber auch nicht zulassen, dass sie wahllos aus Afghanistan kommen.

Präsident Recep Tayyip Erdoğan erklärte, dass die Türkei nicht verpflichtet sei, das Lager für Flüchtlinge in Europa zu sein.

Und was ist mit Italien? Die Halbinsel ist seit Jahren das Tor nach Europa für Migranten aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten. Ministerpräsident Mario Draghi hat die G20 zu einem Gipfeltreffen über die Lage in Afghanistan eingeladen. Die Bürgermeister einiger italienischen Großstädte haben indes bereits angekündigt, dass sie weitere Flüchtlinge aufnehmen wollen. Mit solchen Erklärungen, vor allem angesichts der neuen deutsch-österreichischen Haltung, läuft Italien Gefahr, auch für Afghanen zum beliebtesten Einfallstor nach Europa zu werden.

Die Menschenhändler arbeiten bereits daran, den Zustrom durch Flüge nach Libyen und dann auf dem Seeweg nach Italien zu organisieren, wie sie es bereits mit den Bengalen tun. In Albanien, Mazedonien und im Kosovo gibt es besorgniserregende Konzentrationen von Afghanen, die bereit sind, in Apulien an Land zu gehen oder am Landweg über Slowenien nach Triest einzufallen. Dies ist meiner Meinung nach ein offensichtliches Risiko für unsere italienischen Mitbürger.

Ich bin mir der menschlichen Tragödien und des offensichtlichen Unbehagens einiger legitimer Flüchtlinge durchaus bewusst, aber das Asylrecht darf nicht weiterhin, wie es jetzt der Fall ist, das trojanische Pferd einer massiven, unkontrollierten und erzwungenen Einwanderung von Islamisten – und in einigen Fällen sogar von Terroristen – sein, wie es bisher der Fall war, zum Beispiel im Falle einiger der Dschihadisten, die an den Anschlägen in Paris 2015 beteiligt waren. Was unseren politischen Behörden wichtig sein muss, ist der Schutz unserer Landsleute. Der Außenminister sollte Druck auf die EU ausüben, damit diese eine vorsichtigeren Politik verfolgt, um eine neue Migrationskrise zu vermeiden, der Italien nicht gewachsen sein kann, und der Innenminister sollte sich mit Slowenien und Kroatien auf eine gemeinsame Sicherheitspolitik einigen, die gemischte italienisch-slowenische und italienisch-kroatische Patrouillen an den Südgrenzen dieser Länder vorsieht.

Worte im Wind? Ich sage: Vorbeugen ist besser als heilen.



Nicola De Felice

Senior Fellow des Centro Studi Machiavelli. Als Konteradmiral und ehemaliger Kommandant von Zerstörern und Fregatten hatte er wichtige diplomatische, finanzielle, technische und strategische Funktionen im Verteidigungs- und Marinestab inne, sowohl im Inland als auch im Ausland, zu Wasser und zu Lande, wobei er sich für die Anwendung von Techniken einsetzte, die der italienischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zugute kommen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Fernando Paz: Wie die Elite die Welt regiert

Von Ričardas Čekutis

08. 09. 2021



Fernando Paz · *Bildquelle: Respublika.lt*

Der spanische Journalist Javier Navascués spricht mit Fernando Paz, Professor für Geschichte und Philosophie und bekannter Schriftsteller. Dieses Interview bietet eine eingehende Analyse der Hauptthemen von Paz' neuem Buch „Wake up! Despierta! Cómo las élites están controlando el mundo“ („Aufwachen! Wie die Eliten die Welt kontrollieren“).

- Im Oktober 2019 fand in New York ein hochrangiges Treffen mit der Bezeichnung „201“ statt, an dem die wichtigsten globalistischen Organisationen teilnahmen. Drei Monate später erklärte die WHO offiziell eine Pandemie, und alles geschah genau so, wie in der Simulation während des Ereignisses vorhergesagt. Würde diese Tatsache ausreichen, um zu beweisen, dass alles nach einem vorher vereinbarten Plan ablief (den sie die Frechheit besaßen, im Voraus anzukündigen)?

- Das Ereignis von 201 simulierte in der Tat den Ausbruch einer weltweiten Pandemie, deren Erreger ein neues, hochansteckendes, von SARS abgeleitetes Coronavirus wäre, das von der Fledermaus auf den Menschen überspringen würde. Die Ähnlichkeiten mit den Ereignissen, die nur einen Monat später begannen, sind wirklich verblüffend. Dies ist natürlich kein schlüssiger Beweis.

Gab es einen im Voraus festgelegten Plan, dessen Ausführung mit dem übereinstimmte, was im Oktober 2019 besprochen wurde? New York? Die chinesischen Dissidenten, die natürlich die Kommunistische Partei hassen, möchten beweisen, dass die KPCh die Pandemie verursacht hat. Selbsterklärend glauben sie jedoch nicht, dass das Coronavirus absichtlich entkommen ist.

Ich persönlich neige zu der Annahme, dass der Verlauf der Ereignisse trotz der erwähnten Ähnlichkeiten zufällig war. Das ist vielleicht schwer zu glauben. Wäre es nicht im Winter 2019–2020 im Labor in Wuhan passiert, wäre es im Sommer 2022 in einem pharmazeutischen Forschungszentrum in Indien passiert. Denn nach Angaben ehemaliger WHO-Beamter üben Pharmaunternehmen seit Jahren Druck aus, um eine Pandemie auszurufen. Die Eigentümer von Pharmaunternehmen unterstützen die Hauptbefürworter der Globalisierung, aber sie sind auf Widerstand gestoßen, weil die Globalisierung keine homogene Welt ist. Andererseits haben sie die Situation genutzt, um eine Reihe von Maßnahmen umzusetzen, die bereits in Kraft waren, aber aufgrund der Pandemie schneller hätten umgesetzt werden können. Es spielt keine Rolle, ob dieses Szenario, so wie es sich abgespielt hat, geplant war oder nicht. Früher oder später wäre etwas ganz Ähnliches passiert.

- Von diesem Moment an waren wir maskiert und geimpft. Die Angriffe auf die Freiheit sind so groß wie eh und je. Warum gibt es fast keinen Widerstand?

- In anderen Ländern war der Widerstand größer als in Spanien, aber sie haben weitaus weniger Zwang erfahren als wir in Spanien. Wir sind ein Land ohne eine lebendige Zivilgesellschaft, mit einer schwachen politischen Kultur, mit einem ernsthaften Verfall der Moral. Unter diesen Bedingungen ist es ein Leichtes, sozialen Terror zu verbreiten, wie es sowohl in den öffentlichen als auch in den privaten Medien geschehen ist. Eine völlig homogene, einheitliche Botschaft, die von der Verfolgung der anderen dominiert wird. Im Falle Spaniens haben die Medien systematisch verschwiegen, was in anderen Ländern geschah, damit wir nicht vergleichen konnten. Ein Gesundheitsbeamter forderte sogar öffentlich die Zensur von Fotos von der Tribüne bei der Fußball-Europameisterschaft in diesem Sommer, weil in den Stadien von St. Petersburg bis London, Rom oder Kopenhagen offensichtlich niemand Masken trug. Sie versuchen nicht einmal mehr, ihre Verachtung für uns zu verbergen. Die Bevölkerung braucht nur zu wissen, was die Eliten entscheiden.

- Selbst Donald Trump wurde von den sozialen Medien blockiert. Leben wir bereits in einer Science-Fiction, in der die Weltregierung bestimmt, was richtig und was falsch ist?

- Zunächst einmal ist zu beobachten, dass private Interessen den öffentlichen Raum in Beschlag nehmen. Es ist paradox, dass die Linke gegen die Privatisierung protestiert, die vergleichsweise lächerlich ist, und gleichzeitig mit den mächtigsten Privatunternehmen der Welt zusammenarbeitet, die große öffentliche Organisationen und Einrichtungen übernehmen oder sogar Staaten ersetzen.

Aus rechtlicher und moralischer Sicht ist es den sozialen Netzwerken nicht möglich, zu bestimmen, was auf ihren Portalen veröffentlicht wird und was nicht. Sie können keine Regeln aufstellen, die gegen das Gesetz verstoßen. Selbst die EU hat sie daran erinnert. Denn sie sind im Grunde gar keine Medien, sie sind Kommunikationskanäle.

Ihr natürliches Gegenstück sind die so genannten Faktenchecker, eine der größten Peinlichkeiten unserer Zeit. Die „Faktenprüfer“ wurden vom Poynter Institute gegründet, einer der bekanntesten Abteilungen der Open Society Foundation von George Soros. Dank ihrer Verbindungen zu Big Tech können sie z. B. die Google-Suche so lenken, dass jeder, der sich für eine Information interessiert, lange vor der ursprünglichen Behauptung, die zu ihr geführt hat, eine Widerlegung finden kann. Die überwiegende Mehrheit erhält also nur Zugang zu den Informationen der „Faktenchecker“. Bill Gates arbeitet nun daran, ein Verifizierungsnetzwerk zu schaffen, das Bilder aufnimmt und erkennt, was auf dem ganzen Planeten wahr und was falsch ist.

- Während China wächst und die Pharmaunternehmen profitieren, steuern wir auf einen großen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu. Werden wir die Ernsthaftigkeit des Übergangs erst erkennen, wenn es soweit ist?

- Sie können beruhigt sein. Wir werden uns zurückziehen und die meisten Menschen werden zufrieden sein. Wir werden nicht zu dem Leben zurückkehren, das wir vorher gekannt haben. Der asiatische Riese hat sein exportgetriebenes Wachstum wieder aufgenommen und profitiert wie in seiner Blütezeit, und die Pharmaunternehmen haben fabelhafte Gewinne erzielt, die es ihnen ermöglichen, unser Leben durch die sich bereits deutlich abzeichnende Diktatur der biologischen Gesundheit zu beherrschen. China ist zu dem Modell geworden, zu dem uns die globalistische Elite führen will. Auf der anderen Seite ist der Westen den großen Pharmakonzernen zum Opfer gefallen, die diesen sozialen Terror brauchen, um im Geschäft zu bleiben, da Krankheiten chronisch werden und Medikamente überflüssig werden.

Pfizer hat seine Gewinne bis 2020 verdoppelt, bevor es mit der Produktion von Impfstoffen begann. Es ist leicht zu verstehen, warum es sich aus allen Aktivitäten zur Prävention und Behandlung von COVID-19 zurückgezogen hat. Es gibt nur noch Impfstoffe. Schließlich gelten Medikamente nur für Kranke und Impfstoffe für alle. Man muss nicht sehr schlau sein, um zu erkennen, wo das Geschäft liegt.

Der soziale Terror – der Eckpfeiler des Systems, in das wir eingetaucht sind – erklärt, warum die Bevölkerung, wenn auch widerwillig, ein Medikament einnimmt, das von den korruptesten Unternehmen der Welt hergestellt wird, die wiederholt wegen Betrugs, Bestechung und kommerziellem und beruflichem Fehlverhalten verurteilt worden sind. Es handelt sich um einen Hersteller, der auch jede Verantwortung für die möglichen Folgen

Seite 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 799 vom 16.09.2021

seines Produkts ablehnt, eines Impfstoffs, der in acht Monaten und nicht in acht Jahren hergestellt wurde und dessen mittel- und langfristige Auswirkungen nicht bekannt sind, weil nicht genug Zeit vergangen ist.

- Wie kam es dazu, dass die Öffentlichkeit beschloss, das Risiko einzugehen? Den Menschen wurde gesagt, dass Impfstoffe die einzige Möglichkeit sind, diese Pandemie zu stoppen, und der globale Notfall verlangt, dass sie das Risiko eingehen. Aber ist das wahr? Offiziellen Zahlen zufolge (und es gibt gute Gründe, diese anzuzweifeln) sind im Jahr 2020 etwa 50 000 Menschen an COVID-19 gestorben. Das heißt, einer von 900 Spaniern. Rechtfertigt ein solcher Anteil das Risiko einer Massenimpfung unter den derzeitigen Bedingungen, unter denen der Impfstoff entwickelt wurde?

- Offensichtlich nicht. Der Impfstoff sollte jedoch nicht unter gesundheitlichen, sondern unter ideologischen Gesichtspunkten interpretiert werden. Hier kommen China und die Pharmaunternehmen zusammen. Denn China ist, wie ich bereits gesagt habe, das Vorbild der Globalisten, deren Ziel es ist, die Bevölkerung genauso zu kontrollieren wie die Regierung in Peking. Die Regierung in Peking braucht sich nicht zu entschuldigen, aber der Westen kann das auch nicht, zumindest noch nicht. Die Folge der Impfung – der Impfpass – ist ein Dokument, das die Einreise nach China ermöglicht. Natürlich um unserer selbst willen und um der Gesundheit willen, dem Hauptgott einer hedonistischen Gesellschaft. Es wird sogar von einem Experiment gesprochen, bei dem das Internet weltweit zusammenbricht, was sehr schwerwiegende Folgen haben würde, man denke nur an das Geld in den Banken usw.

Die Abschaffung des Bargelds ist ein Ziel, das noch einige Zeit aufgeschoben werden wird, wenn nicht etwas Außergewöhnliches geschieht. Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) hat dies bereits im vergangenen Jahr in der Abgeordnetenkammer vorgeschlagen. Er wurde abgelehnt. Selbst Europa warf ihr Übereifer vor. Es war zu früh. Auch die Experimente, die Bill Gates einige Jahre zuvor in Indien durchgeführt hat, waren ein Fehlschlag. Aber genau das ist das Ziel: das Ende des Geldes. Die PSOE hätte sich damit

Seite 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 799 vom 16.09.2021

begnügen sollen, Bargeldtransaktionen auf 1 000 Euro zu begrenzen, natürlich nur uns zuliebe, um Betrug zu verhindern. Außerdem sollte man nicht vermuten, dass das Ziel darin besteht, unsere Girokonten zu veruntreuen. Ein massiver Systemausfall, ein rechtzeitiger russischer oder iranischer Hackerangriff, ein massiver Stromausfall – alles vielleicht aufgrund eines Sonnensturms...

Dieses Gerücht gibt es schon seit langem, und die Zahl der Artikel in den Medien nimmt zu. Ich weiß nicht, ob es dazu kommen wird oder nicht, aber das Davoser Forum hat uns versprochen, dass wir 2030 nichts mehr haben werden.

- Wer ist wirklich für diese „Elite“ verantwortlich?

- Die Elite ist ein System, nicht ein Name. Sie ist im Wesentlichen eine Projektion der angelsächsischen Ordnung auf die gesamte Menschheit: ihre Weltanschauung, ihr ideologisches und politisches System, ihre soziale Ordnung.

Verzeihen Sie die Abschweifung, aber in der Geschichte der Menschheit gibt es drei oder vier Haupttypen von Menschen mit entsprechenden Welt- und Moralvorstellungen: den Priester, den Krieger, den Künstler und den Kaufmann. Der Globalitarismus ist der Triumph

des merkantilistischen Menschenbildes, der Triumph des Kaufmanns mit seiner verzerrten Vorstellung, dass alles einen Preis hat, mit seiner dummen Verwechslung von Wert und Preis und seiner Gier. Während die Elite früher religiös oder militärisch war und angeblich aristokratischen Status hatte, ist die Elite heute eine rücksichtslose Bande von Geschäftsleuten, die unterschiedslos um einen größeren Markt konkurrieren. Der Planet ist ihnen entwachsen und seine Bewohner sind ihrer merkantilen Pracht nicht würdig. Wir verdanken ihnen das Internet! Und Amazon! Und Google! Und Twitter und Facebook... Wir können nicht mehr ohne sie leben. Wir sind Geiseln für sie. Wenn Sie Namen wollen, können Sie Gates, Soros, Zuckerberg, Musk, Ted Turner, Kissinger und Tausende mehr nennen. Und natürlich die Organisationen, die sie leiten und von denen aus sie die Welt regieren.

- Sind wir auf dem Weg zu einer Sklavengesellschaft?

- Wir sind bereits dort. Die meisten Spanier leben in Angst vor einem Virus, der ihnen nie mehr Probleme bereiten wird als eine Erkältung oder Grippe. Die Sklaverei ist in ihren Seelen verankert. Sie haben monatelang in quälender Angst gelebt, und jetzt leben sie in einer schwachen Angst, die irgendwo zwischen Panik und einfacher Furcht liegt. Sie empfinden sogar eine gewisse Dankbarkeit.

Die Eliten haben die „Gesellschaft der zwei Geschwindigkeiten“ geschaffen, in der wir seit langem leben. Das wichtigste Element ist jetzt die Technologie. Der Glaube, dass wir die Sklaverei auf diese Weise vermeiden können, hat sich als töricht erwiesen. Im Gegenteil, die Technologie wird der Totalitarismus der Zukunft sein. Was die Bevölkerung will, ist Sicherheit. Und dafür sorgen das Gesundheitssystem, das soziale Kontrollsystem, die Kameras... Sie würden alles aufgeben, nur um sich geschützt zu fühlen. Jahrzehnte des Rausches und der Dekonstruktion unserer Identität haben zur Massenproduktion von Schwachsinnigen geführt.

Quelle: [Respublika.it](https://www.respublika.it)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Bruno Gollnisch: einige Lehren aus Afghanistan
Geopferte Verbündete

04. 09. 2021



Bruno Gollnisch - *Bildquelle: MPI*

Seite 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 799 vom 16.09.2021

Das Debakel der Regierungstruppen in Afghanistan und der Vereinigten Staaten von Amerika hat schmerzhaft Erinnerungen wachgerufen: vietnamesische Katholiken, die an den Lastwagen der französischen Truppen hingen, die Nordvietnam evakuierten; 20 Jahre später, am 30. April 1975, der Fall von Saigon und die verzweifelte Flucht der amerikanischen Botschaft in einem Hubschrauber, die dem Exodus der Boat People vorausging, die aus dem kommunistischen „Paradies“ unter dem Risiko des Ertrinkens flohen...

Wie könnte man nicht auch an Algerien denken, das trotz feierlicher Versprechen absichtlich an die terroristische FLN übergeben wurde, an die pieds-noirs, die in Oran massakriert wurden, obwohl die französische Armee von General Katz den Befehl erhalten hatte, bewaffnet zu bleiben; an die Harkis, die den Halsabschneidern übergeben wurden, gemäß den Anweisungen von De Gaulle, die von Minister Louis Joxe weitergeleitet wurden...

Es ist nicht gut, der Verbündete des Westens zu sein, und das ist jetzt bekannt.

Wie ist ein solches Fiasko zu erklären? Kurz gesagt, die USA, denen es von Anfang an gelungen war, die Taliban fast kampflos von der Macht zu verdrängen, führten 20 Jahre lang einen Krieg, nur damit sie sich dort wieder festsetzen konnten. In Sandalen und ohne kugelsichere Westen, ohne Panzer, ohne Flugzeuge, fast ohne Artillerie, oft schlecht ausgerüstet, können sie sich rühmen, erst das riesige Sowjetimperium und dann die führende Weltmacht besiegt zu haben, deren Militärausgaben etwa 15 Mal so hoch sind wie diejenigen Frankreichs (778 Milliarden Dollar gegenüber 52,7).

Erste Lektion: über die Geschichte nachdenken, bevor man sich engagiert

„Wiederholt sich die Geschichte nicht? Nein, aber es macht manchmal den Eindruck, wie bei einem Stotternden. Und das hätte zur Vorsicht mahnen müssen. Dies ist nicht das erste Mal, dass der Westen in Afghanistan verprügelt wird. Das wusste ich schon, als ich als Kind die Abenteuer von Sherlock Holmes las. Ist Holmes' Freund, der gute Dr. Watson, in diesem Roman von Conan Doyle nicht ein britischer Militärarzt, der verwundet aus Afghanistan zurückgekehrt ist? „Elementar, mein lieber Watson!“

In nicht weniger als drei Kriegen wurde Afghanistan gegen Großbritannien und sein damals weltweit größtes Reich ausgespielt.

Drei nutzlose Kriege: Im ersten beschlossen die Briten, den ihnen feindlich gesinnten Emir Dost Mohammed abzusetzen und den abgesetzten Emir Schah Choudja, der als versöhnlicher galt, wieder auf den Thron von Kabul zu setzen. Im August 1839 drangen sie ohne große Schwierigkeiten in Kabul ein und setzten ihren Schützling wieder ein. Sie wurden durch einen Volksaufstand unter der Führung des Sohnes des abgesetzten Emirs schmählich vertrieben. Nach dem Massaker an ihrem Vertreter und den Mitgliedern seiner Mission versuchten sie im Januar 1842, Kabul zu evakuieren. Eine Kolonne von 16.500 Personen (darunter 4.500 Soldaten und 12.000 Hilfskräfte, Familien und Bedienstete) zog sich zurück; sie wurde vollständig vernichtet. Fast alle von ihnen wurden massakriert, und ihr Schützling wurde kurz daraufhin ebenfalls ermordet.

Ein zweiter anglo-afghanischer Krieg von 1878 bis 1880 verlief für sie günstiger. Das Vereinigte Königreich gab jedoch die Besetzung des Landes auf und erhielt durch einen Vertrag das Recht, zumindest die Außenpolitik des Landes zu kontrollieren. Dieser geringe Nutzen wurde jedoch nach dem dritten Krieg im Jahr 1919 aufgehoben, als Afghanistan seine volle Unabhängigkeit in jeder Hinsicht wiedererlangte.

Lektion zwei: wer stehenbleibt, bleibt stecken

Die relative Wirkungslosigkeit von militärischer und technischer Übermacht in einem „asymmetrischen“ Kampf ist erwiesen. Unsere modernen Armeen schützen uns heute nur noch vor den entsprechenden Armeen anderer Staaten. Bei Guerilla-Operationen zeigen sie schnell ihre Ohnmacht, wenn sie einem Gegner gegenüberstehen, der das Terrain kennt und sich darin „wie ein Fisch im Wasser“ bewegt.

Der Erfolg einer energischen Aktion hängt von ihrer Kürze ab. Wer stehenbleibt, bleibt stecken. Das erleben wir gerade in der Sahelzone. Ich habe im Radio gehört, dass der französische General, der bei der UNO akkreditiert ist, diesen Fall von Afghanistan unterscheidet, und zwar mit der Begründung, dass in einigen der betroffenen Länder – vielleicht in Niger – der Beginn einer echten Demokratie zu verzeichnen ist. Ich teile diesen Optimismus nicht. Und ich sehe kein Ende der Operation Barkhane, an der wir seit 2014 beteiligt sind.

Dritte Lektion: unsere Modelle nicht anderen aufzwingen

Wir sollten uns von der Vorstellung verabschieden, dass die parlamentarische Demokratie das einzige politische System ist, das allen Völkern gerecht wird. Vor allem die Vereinigten Staaten hatten noch die Erfahrung aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Besatzung mit der Wiederherstellung der Demokratie in Westdeutschland und Japan einherging. Aber diese alten Nationen hatten bereits unter diesem Regime gelebt und verfügten über die entsprechenden Rahmenbedingungen und Erfahrungen. Andernorts hat

diese Annahme dazu geführt, dass wir ethnische Realitäten, traditionelle Zugehörigkeiten, Stammessolidaritäten, besondere Mentalitäten usw. vernachlässigt haben. Das Ergebnis liegt vor. Die Institutionen, die wir einrichten, sind nur ein zerbrechliches Furnier, das den tellurischen Kräften aus den Tiefen der Zeitalter nicht widerstehen kann.

Vierte Lektion: unsere Bündnisse überdenken

Diese katastrophale Afghanistan-Expedition wurde unter der Ägide der NATO, der North Atlantic Treaty Organisation, durchgeführt. Das mag überraschen: Afghanistan, ein asiatischer Binnenstaat, liegt natürlich nicht in der Zone. Das Engagement der NATO in diesem Fall war jedoch weniger unrechtmäßig als das gegen Serbien im Kosovo-Fall im Jahr 1999. Die Vereinigten Staaten hatten unter den Anschlägen vom 11. September 2001 zu leiden und beriefen sich auf Artikel 5 der NATO-Charta, der die Verbündeten zur Solidarität verpflichtet. War das nicht eine Aggression? Und was ist mit dem mutmaßlichen Drahtzieher, Osama Bin Laden, der in Afghanistan Zuflucht gesucht hatte? Das war alles, was Frankreich brauchte, um sich in eine Falle zu begeben, aus der es vor sechs Jahren herauskam.

Die NATO, die als Gegengewicht zum Warschauer Pakt geeignet war, als 6.000 sowjetische Panzer eine Nachtfahrt von unseren Grenzen entfernt lagerten, muss vollständig überarbeitet werden, oder wir müssen sie verlassen. Sie ist für Situationen wie in Afghanistan ungeeignet.

Fünfte Lektion: die lokalen Mentalitäten berücksichtigen

Wie reagiert die lokale Bevölkerung auf die Ankunft unserer Expeditionstreitkräfte? Es ist ganz einfach: Anfänglich werden wir von einigen von ihnen willkommen geheißen, doch am Ende richten sich sowohl nationale als auch religiöse Gefühle gegen uns. Von da an ist das Spiel verloren. Interventionen in muslimischen Ländern müssen, wenn überhaupt, Kontingenten aus muslimischen Ländern anvertraut werden. Ebenso müssen die Interventionen in den afrikanischen Ländern Afrikanern anvertraut werden. Es ist nicht die Aufgabe Frankreichs, die Sahelzone zu überwachen, sondern die von Algerien, Marokko, dem Tschad oder einer Expeditionstruppe der Organisation für Afrikanische Einheit, einer Unterorganisation der UNO, deren Schweigen ohrenbetäubend ist. Können sie es nicht tun? Helfen wir ihnen mit Ausrüstung, Logistik und Ausbildung, aber gehen wir nicht darüber hinaus, auch auf die Gefahr hin, dass wir in jeder Hinsicht verlieren.

Sechste Lektion: nicht vertrauen

Es ist offensichtlich sinnlos, diesen Konflikt mit anderen Mitteln fortzusetzen, und die Vorschläge des kanadischen Premierministers Justin Trudeau, der zu Sanktionen aufruft – nach 20 Jahren Krieg! – sind offensichtlich lächerlich. Andererseits sollte den Worten der Taliban, der Übergang werde friedlich verlaufen, kein Glauben geschenkt werden. Diese Zusicherungen dienen nur dazu, Herrn Biden ein Alibi zu verschaffen. Es wäre überraschend, wenn die Taliban bei ihren Repressalien mehr Zurückhaltung zeigen würden als die Gaullo-Kommunisten bei der Säuberung im Jahr 1945.

Taqiya, Verstellung, ist in ihrer Mentalität ebenso politisch nützlich wie moralisch lobenswert. Die Taliban sind Barbaren, und das haben sie nicht nur in Bezug auf die Menschen, sondern auch in Bezug auf ihr Erbe bewiesen, indem sie beispielsweise die großen Buddhas von

Bamiyan gesprengt haben, bewundernswerte Überreste der alten indisch-griechischen Zivilisationen von Gandhara und Kushan, die aus der Begegnung der Nachkommen der Soldaten Alexanders des Großen mit dem Buddhismus entstanden sind.

Seien wir also wachsam, wenn wir schon nicht mehr tun können...

Bruno Gollnisch

Quelle. [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) September 1939: Wer war damals ein „Faschist“?

Von Grzegorz Kucharczyk

01.09.2021



Bildquelle: PCh24.pl

In den ersten Septembertagen 1939 konnten die Leser der liberalen Presse in Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten lesen, dass seit dem 1. September 1939 ein „Krieg um Danzig“ stattfand. Die Frage, die sich dahinter verbarg, wurde entweder verschleiert oder ganz direkt gestellt: „Lohnt es sich, für diese eine Stadt zu sterben?“. Viele Leser solcher Kommentare reagierten negativ auf eine solche Frage. In einigen Monaten wollten viele von ihnen (Leser der französischen Presse) auch nicht für Paris sterben.

Die gleiche Presse (liberaler Mainstream an Themse, Seine und Potomac River) sah nach dem 17. September 1939, wenn sie überhaupt über Polen als Opfer einer Aggression schrieb, nur einen Aggressor – Deutschland. Ein ähnlicher Tonfall herrschte auch in den politischen Kabinetten Frankreichs, Großbritanniens und der USA vor, die sich nach dem 17. September 1939 zur Unabhängigkeit und territorialen Integrität Polens bekannten und dabei nur an die deutsch-polnische Grenze dachten.

In den ersten Septembertagen 1939 konnte man in der deutschen Presse lesen, dass die „ritterliche Wehrmacht“ einen Feldzug gegen Polen begonnen hatte, ein Land, das von Anfang an den „Keim des Verfalls“ in sich trug, ein Land, das aggressiv war und seine deutsche Minderheit gnadenlos unterdrückte. Eine Weisung des deutschen Reichspropagandaministeriums unter Leitung von Joseph Goebbels vom 11. September 1939 ordnete ausdrücklich an, auf den Titelseiten aller deutschen Zeitungen und Zeitschriften über die „Verfolgung der deutschen Minderheit in Polen“ zu berichten.

Drei Tage zuvor, am 8. September 1939, fand im Kreml ein Gespräch zwischen Stalin und dem Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale, G. Dimitrow, statt. Der sowjetische Diktator erklärte, dass die Zerstörung Polens, das eine Woche lang gegen die deutsche orteil wäre, da dies das Verschwinden eines „bürgerlichen, faschistischen Staates“ von der Landkarte Europas bedeuten würde.

In Übereinstimmung mit der erhaltenen Direktive veröffentlichte die Komintern am selben Tag (8. September 1939) eine Erklärung, in der sie betonte, dass das „internationale Proletariat“ Polen als „faschistischen Staat, der andere Nationalitäten unterdrückt“ und der „die sowjetische Hilfe ablehnt“, in dem laufenden Konflikt nicht unterstützen könne.

Bekanntlich beteiligte sich die Sowjetunion an der Seite Deutschlands am Kampf gegen das „faschistische Polen“. 17. September 1939. In der sowjetischen Propaganda waren Berlin und Moskau die „friedliebenden Mächte“ im Gegensatz zu den „französischen und britischen Kriegstreibern“, mit denen das „faschistische Polen“ zusammenarbeitete. Der Leiter des sowjetischen Propagandaministeriums, A. Schdanow, schrieb in einem am 14. September 1939 in der Prawda (den Hauptorgan der KPdSU) veröffentlichten Artikel, dass „der polnische Staat sich als lebensuntauglich erwiesen hat“. Er verglich die polnischen Ostprovinzen mit einer „ausgebeuteten Kolonie“ und verglich die polnische Politik gegenüber den ukrainischen und weißrussischen Bürgern mit der „repressiven Politik der zaristischen Regierung“. In dieser Situation hatte die Sowjetunion – als „friedliebende Supermacht“ – keine andere Wahl, als in diesen Ländern eine elementare Rechtsordnung einzuführen. Sie nahm am 17. September 1939 ihre Arbeit auf.

Gleichzeitig verwendete die deutsche Presse auf Anweisung von Dr. Goebbels den Begriff „Blutsonntag“ für die Befriedung der Volksdeutschen in Bromberg (Bydgoszcz) durch Einheiten der polnischen Armee; deutsche Saboteure hatten in den ersten Septembertagen auf die sich zurückziehenden polnischen Truppen geschossen. Die deutsche Propagandaabteilung gab Broschüren in englischer und französischer Sprache heraus, die den „Exzessen der polnischen Soldateska“ gewidmet waren und in denen die Erschießung der deutschen Saboteure in Bromberg mit der „zweiten Bartholomäusnacht“ verglichen wurde, deren Opferzahlen geometrisch ansteigen. Noch im Herbst sprach die deutsche Propaganda von weniger als sechstausend deutschen Opfern in Bromberg, um Anfang 1940 die Welt zu alarmieren, dass fast 60 Tausend Deutsche in Bromberg ums Leben kamen.

Wie unschwer zu erkennen ist, erlangte das derzeit von der neomarxistischen „Neuen Linken“ an polnischen Universitäten propagierte Narrativ über Polen als „Völkergefängnis“ und das „polnische Kolonialreich in den Kresy“ erstmals im September 1939 weltweite Bekanntheit. Dank Schdanow, Dmitrow und Stalin, die über die effiziente „Montage“ wachten, war Polen bereits „ein faschistischer Staat, der andere Nationalitäten unterdrückt“. Dr. Goebbels trug seinen Teil dazu bei, indem er die Weltöffentlichkeit auf den schreienden Mangel an Rechtsstaatlichkeit in Polen aufmerksam machte, wo die „Soldateska“ ihr Unwesen trieb und „unschuldige Deutsche“ ermordete. Wenn man weiß, dass die Urheber der antipolnischen Diffamierungskampagne und ihre nützlichen Idioten noch nicht ihr letztes

Wort gesprochen haben, sollte man „eingehende Studien“ über „Ausbrüche von polnischem Nationalismus gegenüber der deutschen Bevölkerung in Bromberg“ oder ebenso „eingehende Analysen“ über das Phänomen der „Zuschauer“ in Bromberg als Beweis für „tief verwurzelte Schichten polnischer Intoleranz gegenüber dem Minderheitenelement“ in dieser Stadt erwarten.

Diese Art von abwegigem Unsinn ist relativ am einfachsten zu bekämpfen. Schlimmer sind die wissenschaftlichen Lügen, wie die erste, die in diesem Text erwähnt wird, über den „Krieg um Danzig“. Noch immer mangelt es an polnischen wissenschaftlichen Studien (meist synthetischer Natur), die zeigen, dass es im September 1939 nicht nur um den Status der Freien Stadt Danzig ging, sondern um die Zukunft ganz Mitteleuropas als eine Reihe unabhängiger Staaten – von Finnland und Estland bis Rumänien -, die Deutschland von den Sowjets trennten, für die in der grausigen Nacht des 23. August 1939 in Moskau das Todesurteil unterzeichnet wurde. Und da seit Jahrhunderten bekannt ist, dass derjenige, der über Mitteleuropa herrscht, den gesamten Alten Kontinent beherrscht, stand im September 1939 weit mehr auf dem Spiel als nur Bromberg.

Sobald solche Studien geschrieben sind, sollten sie ins Englische übersetzt werden (zumindest diese) und auf Kosten des polnischen Staates in angesehenen westlichen Wissenschaftsverlagen veröffentlicht werden. Man kann nicht nur auf Lügen reagieren. Man sollte auch zuverlässiges Wissen über die polnische Geschichte verbreiten, beginnend mit dem zwanzigsten Jahrhundert.

Kehren wir zurück zu den Verfassern des Narrativs über Polen als „faschistischer Staat, der andere Nationalitäten unterdrückt“. Im Oktober 1939 berichtete die sowjetische Presse freudig, dass „der polnische Lumpenstaat nicht mehr existiert“. Am 31. Oktober 1939 berichtete der sowjetische Außenminister im Obersten Sowjet der UdSSR freudig, dass „der verdrehte Bastard des Versailler Vertrags, der auf Kosten der unterdrückten nichtpolnischen Nationalitäten lebt, aufgehört hat zu existieren“.

Im selben Monat gab das deutsche Propagandaministerium eine Anweisung (24. Oktober 1939) heraus, wie über die deutsche Staatspolitik in den besetzten polnischen Gebieten zu berichten sei. Goebbels wies an, dass Botschaften, die das Publikum im Reich erreichten, „vor allem den Hauptgedanken berücksichtigen sollten: die Herstellung der Ordnung, die Beseitigung des Chaos, zu dem der polnische Staat auf allen Gebieten geführt hat“. Den deutschen Zeitungslesern und Radiohörern sollte die Botschaft vermittelt werden, dass „Polentum gleich Untermenschentum“ sei und dass „Polen, Juden und Zigeuner auf der gleichen Stufe menschlicher Unvollkommenheit stehen“.

Quelle: [PCh24.pl](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER